

21.11
06.45



21 22
23 30
24 31
25
26
27
28
29

Das Leben ist kein Ponyhof!

Zwischen Behördenwahnsinn und ungleichen Startbedingungen
von Geflüchteten für ein Leben in Deutschland.

Von Jana Weidhaase

Inmitten eines Gewerbegebietes, umgeben von Bürogebäuden, Möbelhäusern und Industrieunternehmen, befindet sich in einem Containergebäude das Aufnahmezentrum für Geflüchtete. Grau, eingezäunt und ausgewiesen durch ein Schild, auf dem zu lesen ist „Aufnahmezentrum“ Regierung Oberbayern. Es gibt einen Eingangsbereich, kontrolliert durch einen Sicherheitsdienst. Ein paar Menschen warten im Eingangsbereich. So sieht es in vielen Städten aus, in Ingolstadt, in München, in Neuburg an der Donau, in Deggendorf. Manchmal sind es Kasernengebäude, manchmal Containerlager, manchmal ehemalige Bürogebäude oder auch Hotels. Nichts Ungewöhnliches also. Aber ist es gut so? Ginge es nicht auch anders?

Heute bin ich nur zu Besuch als Begleitung einer Frau hier. Aber ich fühle mich sofort zurückversetzt in die Zeit, als ich in einem dieser Aufnahmezentren selbst gearbeitet habe. Ich fragte mich damals immer, kann ich mich daran gewöhnen und trotzdem sensibel

bleiben oder härte ich ab? Wenn man in einem solchen Umfeld täglich ist, immer wieder das gleiche erlebt, empfindet man es vielleicht irgendwann als normal. Normal heißt nicht gut, heißt nicht akzeptabel oder zufriedenstellend, sondern gewöhnlich. Man ist es so gewöhnt. Wie geht es dann erst den Menschen, die dort leben müssen und die direkt davon betroffen sind? Das Mindeste ist, ihnen ihre Rechte zu erklären, denn das, was sie vielleicht gewöhnt sind, ist eben nicht richtig und auch nicht normal. Angetrieben von einem klaren Ungerechtigkeitsempfinden kämpfte ich täglich an gegen diese „Normalität“ und wurde doch Teil von ihr und war mittendrin. Obwohl ich mich regelmäßig über den Rassismus der beteiligten Akteur*innen und der Struktur an sich beschwerte, wurde das alles dennoch ein Teil meines Alltags. Auch wenn ich manchmal das Gefühl von Erfolg hatte, weil sich irgendwas Minimales an den rassistischen und ausgrenzenden Strukturen verbesserte, beispielsweise die Anpassung der Asylbewerberleistungen von 40 Euro im Monat auf nahezu Sozialhilfeniveau, die

.18
.19



end

17
25
26
27
28
29
30

Abschaffung der Essenspakete, die Einrichtung eines medizinischen Zentrums, blieb es doch ein System, um Menschen zum Gehen, nicht zum Bleiben zu bewegen. Menschen werden ungleich behandelt, abgewiesen, rassistisch behandelt, diskriminiert, in ihren Grundrechten eingeschränkt und leiden.

Ich erinnere mich an eine Postkarte, die im Büro der Regierung von Oberbayern der Bayernkaserne aushing. Auf der Karte stand: Das Leben ist kein Ponyhof!

Dort wo Menschen negative Asylbescheide entgegennahmen, Bestellzettel für Essenspakete ausfüllten, ihre Zuweisungsbescheide in Orte abholten, in die sie nie wollten, ihre ernsthaften Probleme schilderten, (sexualisierte) Übergriffe und medizinische Notfälle meldeten, da hing diese Karte. Aufgehängt von privilegierten weißen Angestellten. Sie fuhren jeden Tag mit ihren Autos aufs Gelände der Kaserne zu ihrem Arbeitsplatz, um dann wieder zurück auf ihren Ponyhof zu fahren. Und sie urteilten mit dieser Karte und gaben zum Ausdruck, dass sie es als richtig empfinden, was in diesem Land mit Asylsuchenden geschieht und dass es normal ist, weil das Leben schwer ist.

Wollten sie ihre Tätigkeit damit rechtfertigen oder die Menschen, die dort untergebracht wurden trösten? Schwangere, die nicht genug Kalorien erhielten, Alleinerziehende, die mit Müllsäcken als Gepäckaufbewahrung ausgestattet durch die ganze Bundesrepublik geschickt wurden. Lediglich eine Fahrkarte haben sie bekommen, aber keine Transporthilfe, geschweige denn eine Wegbeschreibung. Männer, die mit fünf Fremden in einem Zimmer auf engstem Raum und ohne Privatsphäre über Monate unter schlechtesten hygienischen Bedingungen wohnten.

Ein immerwährender Kreislauf

Jahre später habe ich das Gefühl, nichts hat sich verbessert, einige Regelungen haben sich zwar geändert, das Aufnahmezentrum Bayernkaserne gibt es nicht mehr, auch nicht die dort nach langem Kampf verbesserten Strukturen wie das Kinderhaus, Einrichtungen für Jugendliche der offenen Jugendarbeit, das medizinische Zentrum der *RefuDocs* oder das *Lighthouse Welcome Center*. Alles weg. Dafür wurden zahlreiche dezentrale Ankerzentren eröffnet, viele davon im Hinterland, wo es wenig bis keine zivilgesellschaftlichen Strukturen gibt, die Geflüchtete unterstützen. Das ist auch nicht gewollt. So wie in Manching anfangs jedes ehrenamtliche Engagement

explizit untersagt wurde, welches nicht der Heimreise der dort Untergebrachten diene. Sprich, keine Deutschkurse, keine Bildungs- und Integrationsangebote.

Ein auch immer wieder kehrendes Thema sind die knappen Aufnahmekapazitäten. Zu viele Menschen, zu wenig Platz. Überfüllung ist wieder Thema aktuell. Nicht wegen Corona, sondern wegen der vielen Menschen, die aus der Ukraine bei uns Zuflucht suchen. Eine Überlastung der Unterkünfte, heißt es von den Kommunen und Landkreisen. Der Landkreistag fordert Unterstützung vom Bund. Wieder werden Turnhallen und Messehallen mit Geflüchteten belegt. Ein Déjà-vu. So wird der Eindruck in der Bevölkerung erweckt, das Aufnahmesystem sei aufgrund der aktuellen Fluchtbewegungen überlastet. Allerdings ist das ein hausgemachtes Problem. Denn

Es bleibt ein System, um Menschen zum Gehen, nicht zum Bleiben zu bewegen

Asylsuchende sind verpflichtet, in Flüchtlingslagern zu wohnen. Auch wenn sie jemanden kennen, wo sie wohnen dürfen oder sich ein Hotel oder eine Wohnung selbst leisten können. Sie dürfen nicht da wohnen.

Wäre sie ukrainische Staatsangehörige, dürfte sie privat wohnen, wo sie will, müsste gar nicht erst ins Asylverfahren und bekäme eine befristete Aufenthaltserlaubnis, dürfte einen Deutschkurs besuchen und arbeiten. Lediglich wenn sie keine Wohnung oder kein Geld zur Verfügung hätte, würde sie in ein Flüchtlingslager zugewiesen, das eigentlich für Asylsuchende gedacht ist, die dort zur Wohnsitznahme verpflichtet sind. Dieser Logik nach müssten ukrainische Menschen, die nach Deutschland kommen, in der Wohnungslosenhilfe versorgt werden und nicht in Flüchtlingslagern. Aber da reichen natürlich auch die Kapazitäten nicht. Wie dem auch sei, die Aufnahme der Ukrainer*innen ist ein Gebot und wichtig und so wie sie aufgenommen werden, sollte es normal sein.

Nicht so, wie die anderen Menschen aus anderen Krisen und Kriegsgebieten aufgenommen werden.

Eine solche Ungleichheit widerfährt derzeit der Frau, die ich zur Neuregistrierung ins Aufnahmезentrum begleitete.

Um unnötigem Stress vorzubeugen, rief ich dort am Vortag an und sprach mit einer Mitarbeiterin der Regierung von Oberbayern. Die simple Frage war, ob es möglich sei, dass sie weiterhin privat vorübergehend in den Räumen der Kirche wohnen bleiben darf, wo sie bislang im Kirchenasyl war, um nicht erneut ins Ankerzentrum oder ein Flüchtlingslager zu müssen, denn mit ihrem sieben Monate alten Baby ist das ohne

Später wird sie gefragt, warum sie so schlecht integriert sei

Frage sehr beschwerlich. Vorübergehend deshalb, weil sie vor neun Monaten bereits einen Antrag auf einen Umzug nach Sachsen zum Vater ihres Kindes gestellt hatte, der bisher noch unbeantwortet blieb.

Das Sinnvollste wäre aus meiner Sicht also gewesen, ihrem Antrag würde zugestimmt werden und sie dürfte dann da wohnen, wo sie will, bei ihrem Partner und Vater des gemeinsamen Kindes in einem anderen Bundesland. Vorübergehend wäre die Zustimmung zur weiteren Wohnsitznahme in der Kirche auch sinnvoll. Damit wäre das gesamte Unterkunftssystem entlastet. Die Mitarbeiterin am Telefon erklärte mir, es gäbe viele, die jemand hätten, wo sie wohnen könnten, aber das sei nicht erlaubt. Sie soll sich registrieren, um jetzt nach Abschluss des Kirchenasyls wieder in eine Unterkunft zugewiesen zu werden.

Also machten wir uns gemeinsam mit dem Baby auf den Weg, den Umverteilungsantrag dabei und auch einen Brief der Kirche, dass sie dort ohne Probleme wohnen bleiben kann, sofern die Regierung dem zustimmt. Ich habe einen Funken Hoffnung, dass es klappt, da ja mit den Ukrainer*innen gute Erfahrungen gemacht wurden.
Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes stoppt uns an

der Tür und fragt nach Dokumenten. Ich erkläre ihm die Situation und zeige ihm die von mir formulierten Anträge. Er spricht nur mit mir, nicht mit der geflüchteten Frau. Vermutlich ist er es so gewöhnt, weil er davon ausgeht, dass sie kein Deutsch oder Englisch versteht. Er selbst ist Schwarz. Er geht mit den Anträgen zum Sachbearbeiter. Auf Nachfrage, ob wir nun rein könnten, um uns zu setzen, sagt er, die Geflüchtete schon, ich nicht. Also bleiben wir beide vor der Tür im Zwischenbereich zwischen draußen und drinnen stehen, 30 Minuten. Ein Stuhl wird uns erst gebracht, als ich ihn darum bitte, für die stillende Mutter einen Stuhl zu bringen. Vor uns im Innenbereich unbesetzte Bänke und Stühle. Warum ich nicht reindarf, wird nicht erklärt.

Schließlich kommt ein Mitarbeiter der Regierung Oberbayern und begrüßt mich freundlich. Die Stimmung wird freundlicher. Ob ich ihn noch kenne, er erkennt mich aus seiner Zeit nach der Ankunft in der Bayernkaserne. Er selbst war damals 2014 aus Afghanistan nach Deutschland gekommen. Jetzt arbeitet er hier. Er erklärt mir, dass sie sich nicht registrieren solle, sondern in der Kirche wohnen bleiben solle. Wenn sie sich registriert, müsse sie dableiben und dürfe nicht in der Kirche wohnen. Ich hinterfrage, warum sie nicht privat wohnen dürfe, wo doch die Unterkünfte so überlastet sind. Ukrainer*innen dürfen privat wohnen, die, die keine private Unterkunft haben, dürfen sich registrieren und werden in Flüchtlingsunterkünften untergebracht. Er sagt, ja, die Ukrainer*innen bekommen alles. Wie sich das wohl für ihn anfühlt?

Ich frage bei der *Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Oberbayern* sicherheitshalber nach und rufe dort an. Mir wird erklärt, dass die für sie zuständige Ausländerbehörde in Niederbayern sei, dort würde sie auch ihr Ausweisdokument erhalten und dort müsse sie auch wohnen im Ankerzentrum. Ich rufe die zuständige Sachbearbeiterin der *ZAB Niederbayern* an. Ich erreiche die Sachbearbeiterin der Frau, die sie damals einen Tag vor Mutterschutz abschieben wollte. Was sie wohl von der Situation hält, dass die Frau im Kirchenasyl war? Ich halte mich am Telefon zurück mit meiner Frage, welche Motivation sie habe, eine Schwangere einen Tag vor Beginn des Mutterschutzes abschieben zu lassen. Sie erklärt uns, der Umverteilungsantrag zum Kindsvater könne erst bearbeitet werden, wenn sie einer bayerischen Unterkunft zugewiesen ist. Dafür müsse sie sich aber vorher ins Ankerzentrum begeben. Ich frage nach, wieso es nicht möglich sei, sie direkt zuzuweisen oder privat wohnen zu lassen, dies sei ja eine Entlastung. Ja sagt sie, das darf sie nach gelten-

0 ✖ 16.50
4 ○ 02.03

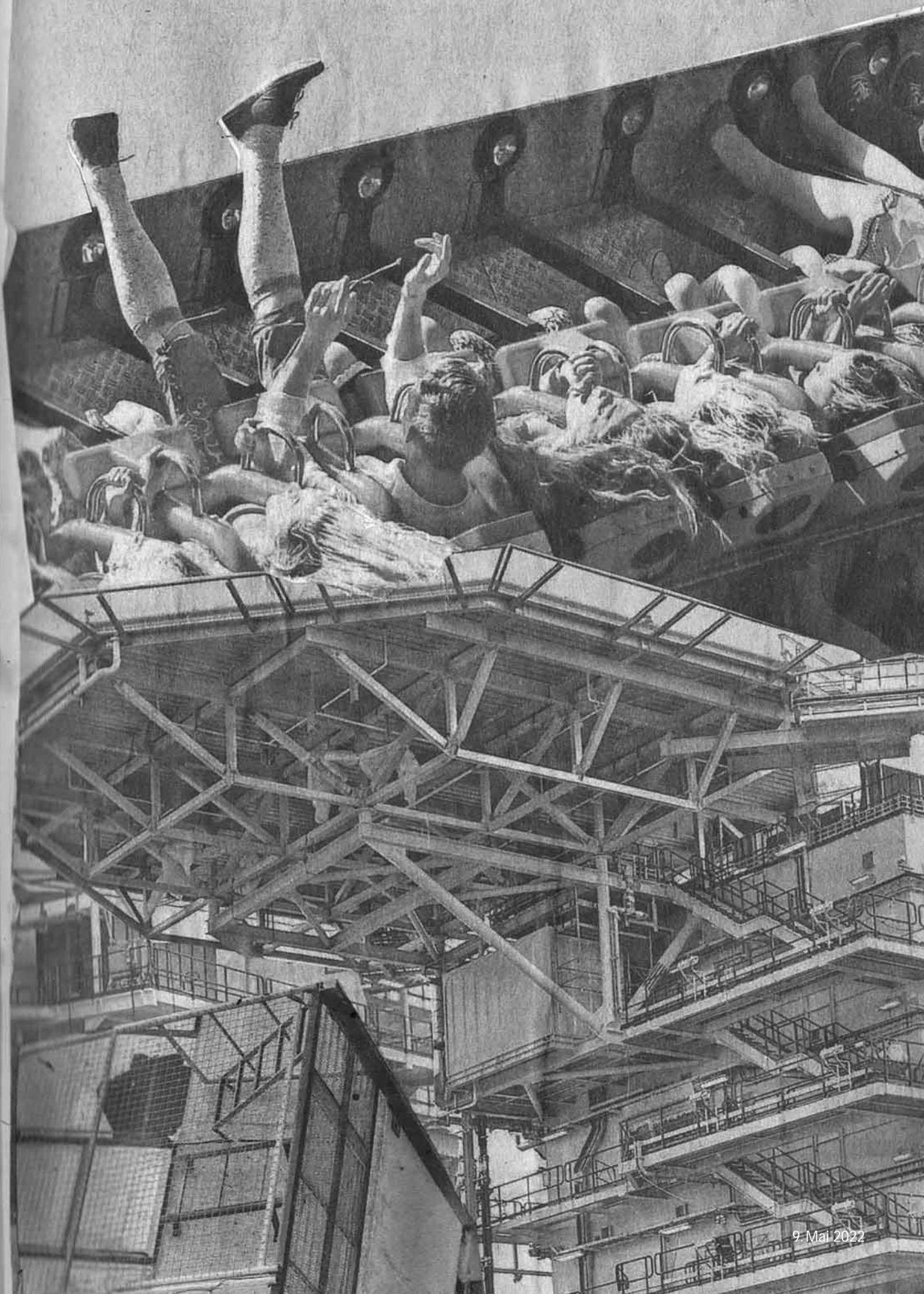


2022

5	46	47	48
7	14	21	28
8	15	22	29
9	16	23	30
0	17	24	
1	18	25	
2	19	26	
3	20	27	

4. November 2022

20.57
03.36



21 22
23 30
24 31
25
26
27
28
29

dem Recht aber nicht. Es gäbe viele, die privat irgendwo wohnen könnten. Das Leben ist kein Ponyhof!

Dann kommen mir plötzlich Gedanken in den Sinn, ans Lager auf der griechischen Insel Lesbos, wo es kein fließendes Wasser gab, Menschen in Zelten am Olivenhain außerhalb des Gebietes des eigentlich vorgesehenen Lagers schliefen, ohne Zugang zu sanitären Anlagen. Mir kamen Worte in den Sinn von Menschen auf Diskussionsveranstaltungen: Die Menschen müssten doch froh sein, dass sie hier ein Dach über dem Kopf haben, Essen bekommen. Was sie noch wollten. Oder zwei Nigerianerinnen, die lange in Italien lebten und die Lager in Deutschland ganz ok finden. Schlimmer geht immer.

Schließlich fahre ich mit der Frau und dem Baby zurück zur Kirche, erkläre ihr, sie müsse nun doch leider nach Deggendorf fahren. Wenn wir Glück haben, finden wir jemanden ehrenamtlich, der ihr Gepäck nach Deggendorf bringt, denn mit Kinderwagen könne sie unmöglich ihr Gepäck im Zug nach Deggendorf mitnehmen. Sie will morgen den Zug nehmen und erst mal ohne Gepäck reisen. Ich stelle mir vor, wie sie mit dem Baby erneut im Ankerzentrum wohnt, in einem Mehrbettzimmer. Die Toiletten und Duschen weit weg. Wer passt auf ihre Tochter auf, während sie zur Toilette und zum Duschen geht? Manche Zimmerleidensgenossinnen helfen nicht. Sie kennt dort niemanden mehr. Alle, die dort mit ihr 2020 gewohnt haben, sind längst nicht mehr da. Wo badet sie ihr Kind? Wenn sie in die Kantine geht, wo sitzt ihr Kind? Gibt es dort Kinderstühlchen, wenn die Tochter bald anfängt zu sitzen? Wenn sie wieder umverteilt wird, wer hilft ihr mit dem Gepäck? Findet sie bald eine Kinderärztin? Ihr Freund kann sie dort nicht besuchen, er darf nicht ins Ankerzentrum rein. Dies alles Gedanken, die ich mir als Mutter mache, nicht als Sozialpädagogin.

Sie darf nicht ohne weiteres verreisen, um ihren Partner zu besuchen, denn sie muss für die Behörden „verfügbar“ sein, zu jeder Zeit. Das Recht auf eine aktive Vaterschaft wird dem Kindsvater also weiterhin verwehrt und die Frau bleibt weiter ohne jede Unterstützung. Sie kann weiterhin keinen Deutschkurs besuchen, sich keine Arbeit oder Kinderbetreuung suchen. Es heißt einfach, warten. Später wird sie gefragt, warum sie so schlecht integriert sei. Falls ihr Asylverfahren abgelehnt wird, hat sie dann keine Chance auf einen Aufenthalt für gut integrierte Familien oder als überdurchschnittlich integrierter Härtefall. Sie ist Krankenschwester in ihrem Heimat-

land, könnte hier also ohne weiteres eine Ausbildung im Gesundheitsbereich machen. In der Kirche hatte sie täglich eine Stunde ehrenamtlich Deutschunterricht. Immerhin mehr, als sie im Ankerzentrum je erhalten hat. Aber für eine Ausbildung braucht sie das Sprachniveau B1. Das hat sie noch nicht erreicht. Als alleinerziehende Mutter ist es auch schwer, überhaupt Zeit zu finden für einen Deutschkurs und Kinderbetreuung gibt es fast nie.

Wäre sie aus der Ukraine, könnte sie von Anfang an einen Integrationskurs besuchen, dürfte privat wohnen, hätte zwar vielleicht noch nicht gleich einen Termin und erst mal eine Fiktionsbescheinigung. Probleme, schnell eine Arbeit zu finden hätte sie auch, vielleicht auch Probleme, eine private Wohnung zu finden, mal abgesehen von den Sorgen um ihre Verwandten in der Ukraine. Sie hätte aber eventuell nicht wie sie selbst rassistische Erfahrungen auf der Flucht erlebt. Die Sorgen um ihre Angehörigen in ihrem Heimatstaat Sierra Leone und um ihre Tochter, die zwar in Deutschland geboren wurde, aber hier noch keinen Aufenthalt hat, die Sorge, ob es ihr hier gelingen wird, eine Arbeit zu finden, kommt dazu.

Noch besser wäre es natürlich, sie wäre Deutsche, dann hätte sie all diese Probleme nicht, könnte in die meisten Länder der Welt problemlos reisen ohne Angst vor Verfolgung oder Beschneidung ihrer Tochter. Sie könnte mit dem Vater ihres Kindes zusammenwohnen oder nicht, könnte eine Ausbildung machen, eventuell sogar ein Studium.≠



Jana Weidhaase
arbeitet beim
Bayerischen
Flüchtlingsrat in
der Geschäftsstelle in
München